www.pwc.de

Warum bilanzieren Kommunen nicht nach handelsrechtlichen Vorschriften?!

WP StB Ulrich Götte

27 . Juni 2013

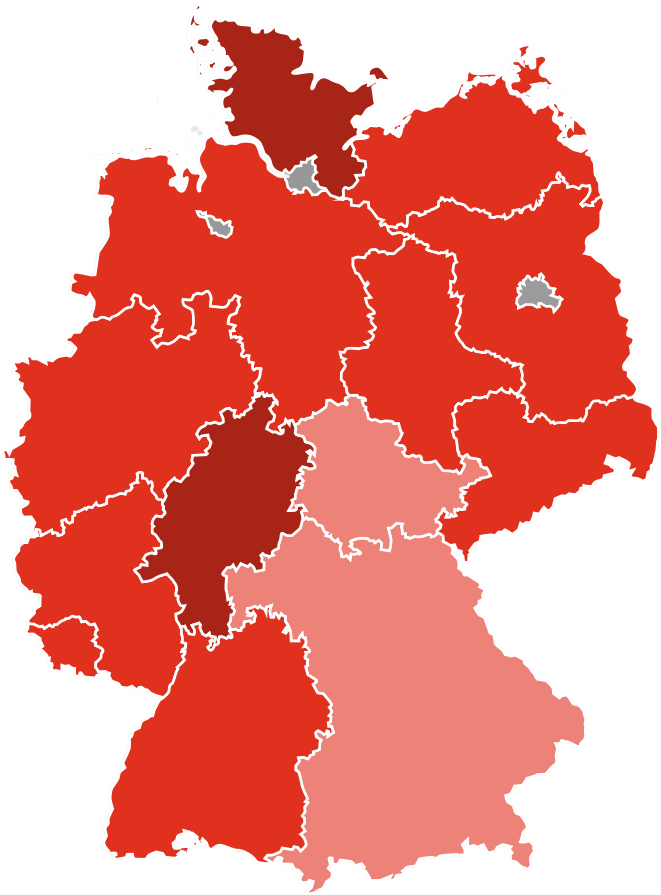
RUB

pwc

Einheitliche Rechnungslegung
Ein Land – ein Handelsgesetzbuch !

Unterschiedlichste Branchen bilanzieren nach einheitlichen Vorgaben!

16 Bundesländer – 16 „ NKFs, NKRs, GemHKVOs…“ ?



- Doppik (9):

  Baden-Württemberg, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt

- Wahlrecht Doppik/ erweiterte Kameralistik (2):

  Hessen, Schleswig-Holstein

- Wahlrecht Doppik/ Kameralistik (2):

  Bayern, Thüringen

Ein Referenzmodell mit „regionalen Anpassungen“

Referenzmodell (HGB)

Notwendigkeit zur Regelung der kommunalen Besonderheiten ist unbestritten! z.B.:

- Schuldendeckungspotential des kommunalen Kernvermögens (Infrastrukturvermögen, Schulen, Rathäuser ...)
- Zuschüsse / Sonderposten
- Realisation Steuern und ähnlichen Abgaben
- Gliederung Bilanz / Ergebnisrechnung
- Finanzrechnung
- ....

Ein Referenzmodell mit „regionalen Anpassungen“

Verweise auf handelsrechtliche Vorschriften

- Dynamische Verweise:
  Handelsrechtliche Vorschriften werden in der jeweils geltenden aktuellen Fassung in die gemeinderechtlichen Vorschriften integriert

- Nachteil:
  „Automatische“ Übernahme gemeinderechtlich nicht zweckmäßiger Normen

- Nachteil:
  Vielzahl auch gemeinderechtlich zweckmäßiger HGB-Änderungen müssen in GO/GemHVO „manuell“ nachvollzogen werden

- Statische Verweise:
  Bezugnahme auf eine bestimmte Fassung des HGB

Ein Referenzmodell mit „regionalen Anpassungen“

Referenzmodell (HGB)

Sind alle „regionalen Anpassungen“ wirklich notwendig?

Beispiele:

- Körperliche Bestandsaufnahme in regelmäßigen Abständen
- Rückstellungsbildungen für künftige Fehlbeträge (Kreisumlage)
- Ergebnisneutrale Erfassung von Gewinnen/Verlusten aus Anlagenabgängen oder Wertberichtigungen auf Finanzanlagen

Ein Referenzmodell mit „regionalen Anpassungen“
Interkommunale Vergleichbarkeit NRW vs. Niedersachsen

Beispiel: Abschreibung von Finanzanlagen aufgrund dauernder Wertminderung

Niedersachsen

- Werteverzehr wird in der Ergebnisrechnung abgebildet
- Jahresergebnis wird belastet
- Haushaltsausgleich wird erschwert

Nordrhein-Westfalen

- Ergebnisneutrale Erfassung durch Verrechnung mit dem Eigenkapital
- Keine Belastung des Jahresergebnisses und des Haushaltsausgleichs

Vermögen / Eigenkapital wird gemindert

Ein Referenzmodell mit „regionalen Anpassungen“

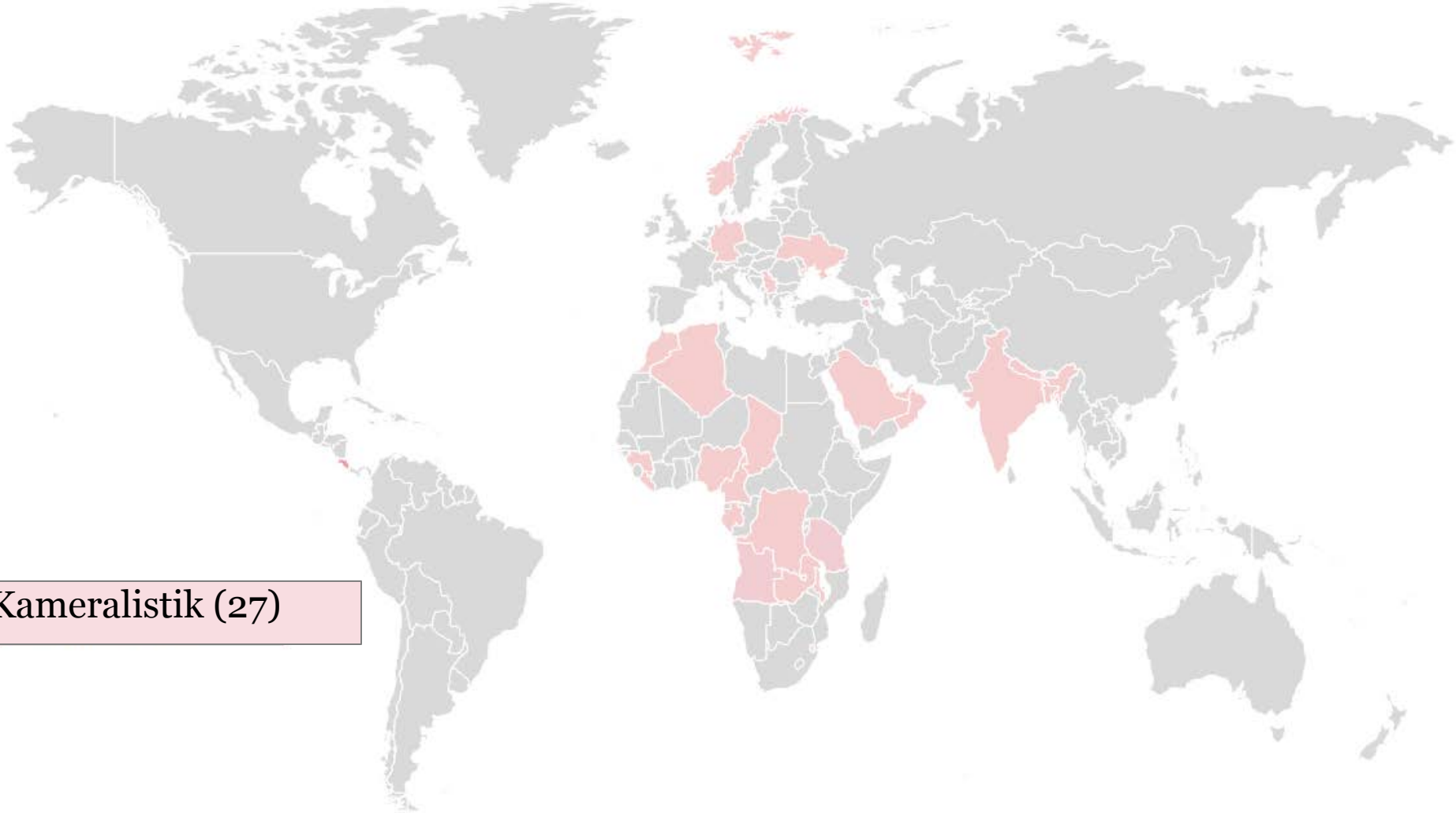
Referenzmodell (HGB)

Warum nicht HGB mit „kommunalen Anpassungen“?

- Kommunale Anpassungen sind zwingend notwendig!
- Verzicht auf regionale Unterschiede?

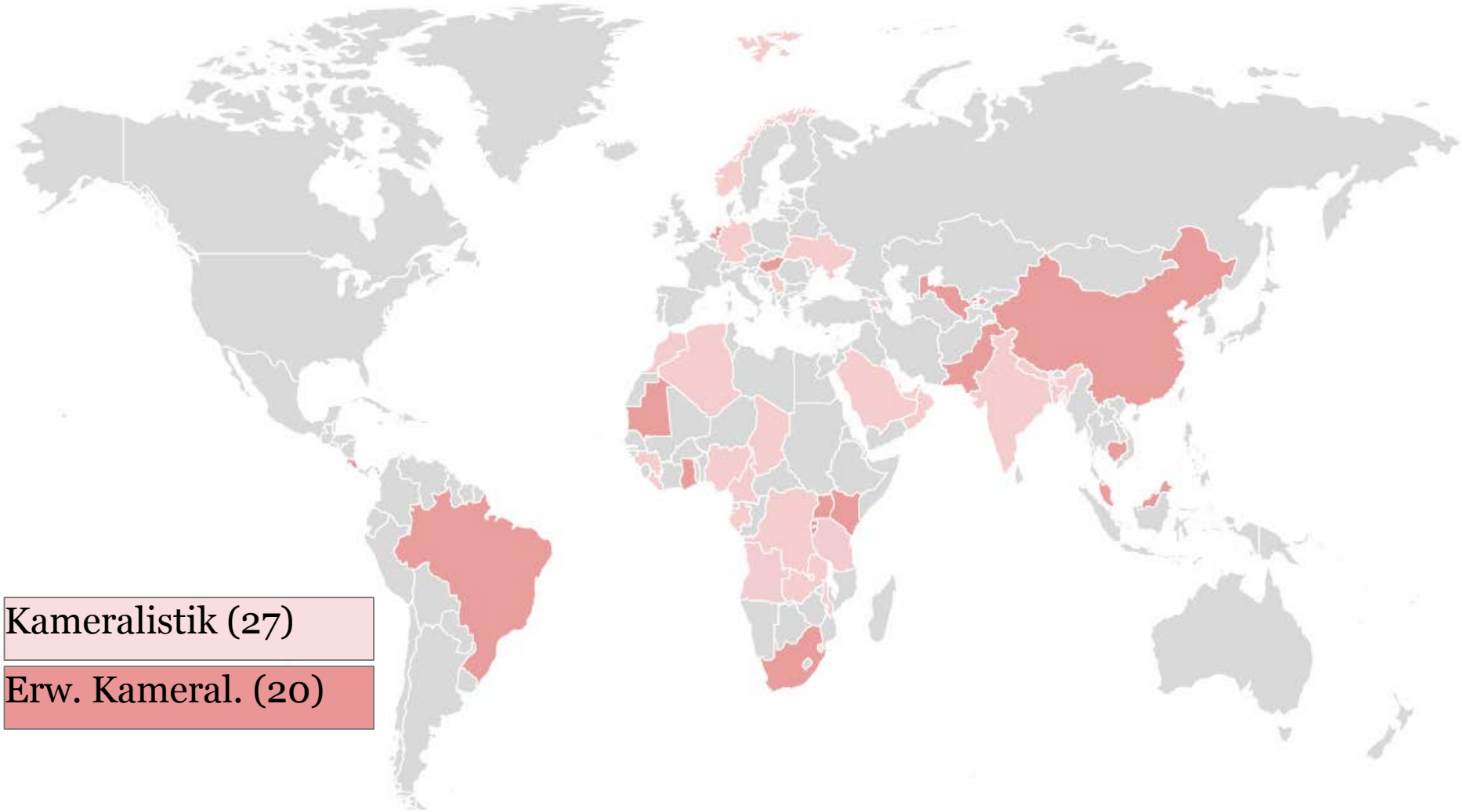
  → Föderalismusdebatte (Art. 109 Abs. 1 GG: Haushaltswirtschaft der Kommunen ist **Ländersache**)
- Entwicklungen auf Bundes- und Landesebene
- Anforderungen der EU

Ausblick - Deutliche globale Unterschiede

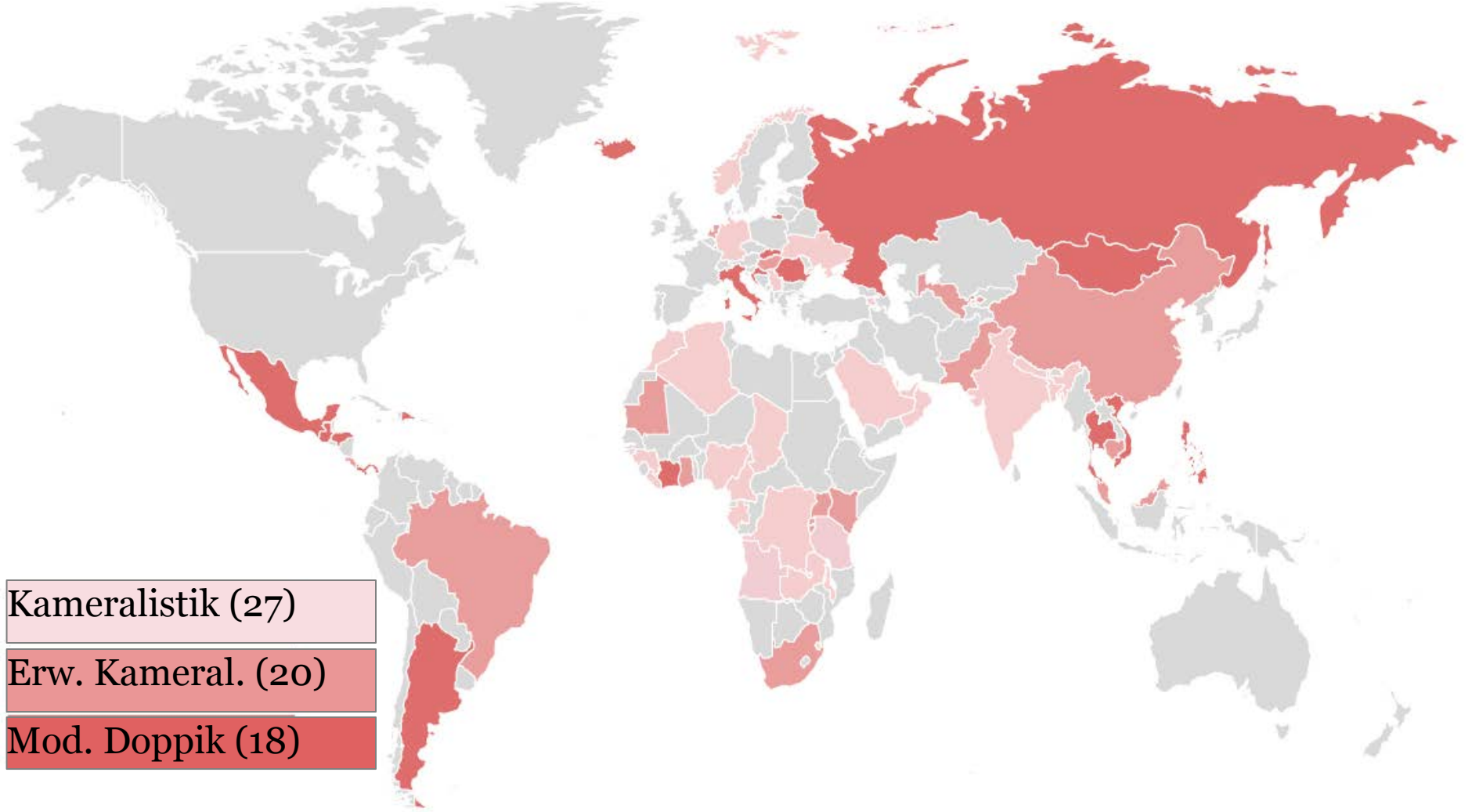


Kameralistik (27)

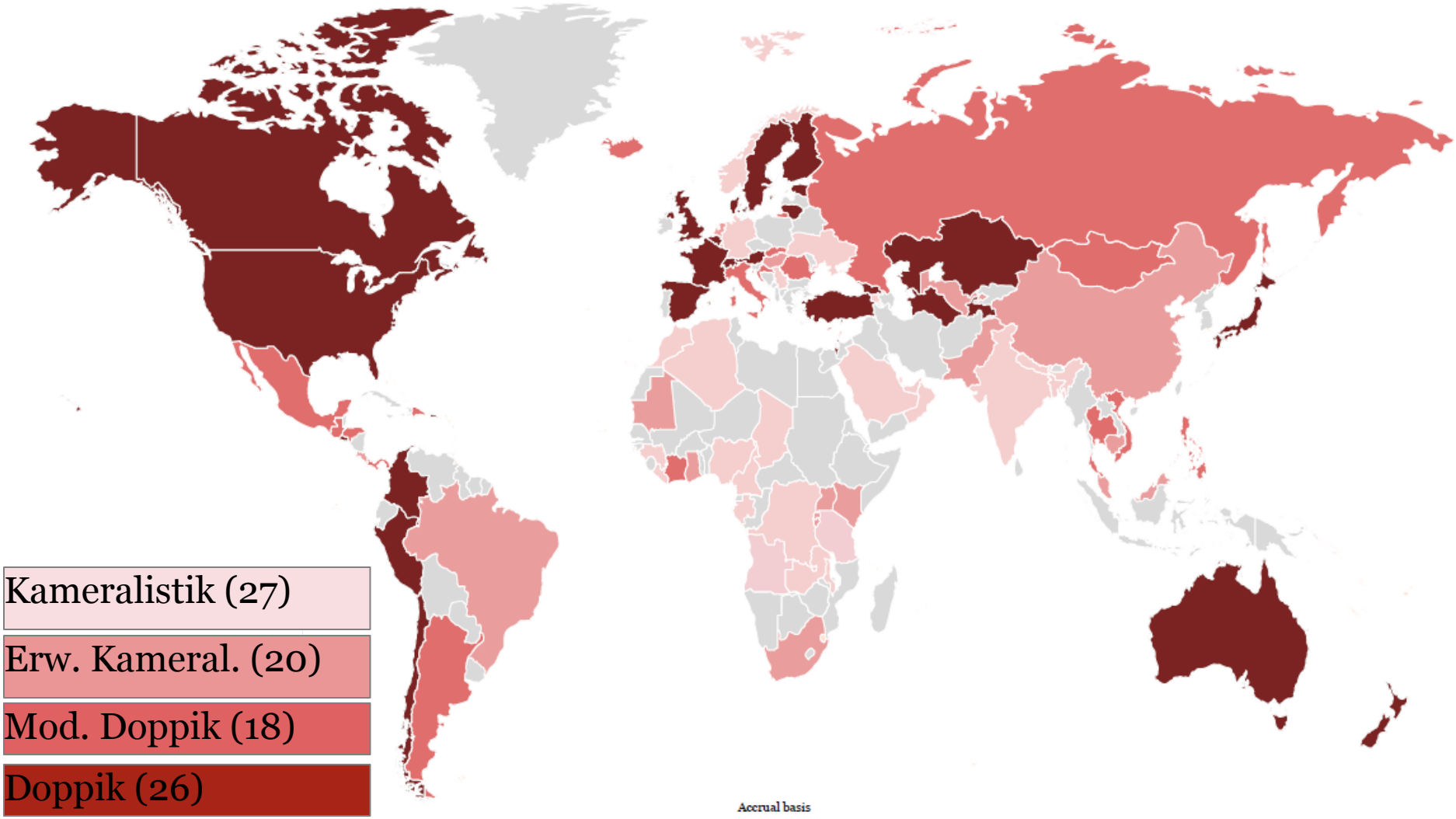
Ausblick - Deutliche globale Unterschiede



Ausblick - Deutliche globale Unterschiede



Ausblick - Deutliche globale Unterschiede



Einheitliche Bilanzierung für Bund, Länder und Kommunen

Finanzkrise → EU-Gesetzespaket zur Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts vom 23.11.2011 (sog. „Six-pack“) ← Staatsschulden

↓

<u>Art.16 Abs. 3 der Richtlinie 2011/85/EU</u>

EU-Kommission hat bis zum 31.12.2012 eine Bewertung der Frage vorzunehmen, ob „die internationalen Rechnungsführungsgrundsätze für den öffentlichen Sektor („International Public Sector Accounting Standards“) für die Mitgliedstaaten geeignet sind“.

- Richtlinie 2011/85/EU, ABl.EU Nr. L 306/41 ff. v. 23.11.2011
- Meinen, Jörg: Internationale Rechnungslegung für die öffentliche Hand in Europa, WPg 2012, S. 305 ff.

Einheitliche Bilanzierung für Bund, Länder und Kommunen

- Keine Einführung der IPSAS in ihrer gegenwärtigen Form
- IPSAS als Bezugsrahmen für künftige Entwicklung europäischer Rechnungslegungsnormen für den öffentlichen Sektor (EPSAS; European Public Sector Accounting Standards)

<u>Voraussetzungen/Problemfelder</u>

- Aufbau einer Verwaltungsstruktur auf EU-Ebene (Entwicklung von EPSAS)
- Anpassung der derzeit geltenden nationalen Rechtsvorschriften
- Personal: Kapazität, Aufbau von Fachkenntnissen, ...
- Integrierte IT-Systeme und Rechnungsführungssysteme
- ...

➢ Bericht der EU-Kommission (http://epp.eurostat.ec.europa.eu/)

Einheitliche Bilanzierung für Bund, Länder und Kommunen

- Planung der Umsetzung/Folgenabschätzung einschließlich Nutzen-Kosten-Analyse einer EPSAS-Einführung (Beginn bereits 2013)
- Festlegung von Verwaltungsstrukturen auf EU-Ebene zur Entwicklung/Annahme von EPSAS
- Festlegung von EPSAS-Grundnormen und Erstellung weiterer EPSAS
- Entwicklung einer europäischen „EPSAS-Verordnung“
- Schrittweise Umsetzung in den Mitgliedstaaten auf **allen (!) staatlichen Ebenen**

In Europa wird es mittelfristig zu einer internationalisierten Rechnungslegung der öffentlichen Hand kommen !!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit…
… Ihre Fragen?

Ihre Fragen…

… Ihr Ansprechpartner

Ulrich Götte
Partner

pwc

Kreuzstraße 35
33602 Bielefeld

Telefon: +49 521 96497 413
E-Mail: ulrich..goette@de.pwc.com

© 2013 PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft.
Alle Rechte vorbehalten. „PwC“ bezeichnet in diesem Dokument die PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, die eine Mitgliedsgesellschaft der PricewaterhouseCoopers International Limited (PwCIL) ist. Jede der Mitgliedsgesellschaften der PwCIL ist eine rechtlich selbstständige Gesellschaft.